

Der Vogtlandbote

[links]

[alternativ]

24. Jahrgang Nr. 08/2016

Zeitschrift der Partei DIE LINKE im Vogtland

Spendenempfehlung: 1,- €



SCHUFTEN OHNE ENDE

Überstunden wieder deutlich an. Für jede/n dritte/n Beschäftigte/n zählen Überstunden zum Arbeitsalltag, ein Viertel arbeitet sogar regelmäßig mehr als 45 Stunden in der Woche.

Insgesamt hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung errechnet, dass im Jahr 2015 nicht nur 816,2 Millionen bezahlte Überstunden geleistet wurden, sondern darüber hinaus fast eine Milliarde (997,1 Millionen) unbezahlte Überstunden anfielen. Allein im ersten Quartal des laufenden Jahres waren es 254 Millionen unbezahlte und 185 Millionen bezahlte Überstunden. Legt man die durchschnittliche Jahresarbeitszeit je vollzeitbeschäftigter/m Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer von 1656,5 Stunden zugrunde, entspricht die Gesamtzahl der 2015 geleisteten Überstunden (1.813,3 Mio. Std.) 1.094.657 Vollzeitstellen.

Dass Jahr für Jahr fast zwei Milliarden Überstunden geleistet werden, zeigt deutlich, dass die Personaldecke in den

keine spontanen Produktionsspitzen ausgeglichen, sondern es fehlt dauerhaft an ausreichend Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, um die Arbeit in der vereinbarten Zeit zu erledigen. Die Überstunden sind das Spiegelbild von Arbeitsverdichtung und zunehmendem Stress, welche die Familien belasten und zu Krankheit und Burnout führen.

Dass die Mehrzahl der Überstunden nicht einmal entlohnt wird, ist ein Skandal für sich. Die Unternehmen organisieren sich so Leistung zum Nulltarif, und das geht gar nicht. Deutschland würde ein wahres Jobwunder erleben, wenn die Unternehmen, statt Überstunden zu verlangen, Stellen einrichten würden. Wir brauchen bessere gesetzliche Regelungen zur Begrenzung der Arbeitszeiten. Betriebsräte müssen dabei unterstützt werden, die Einhaltung der bestehenden Regeln durchzusetzen.

Sabine Zimmermann, MdB

aus dem Inhalt:	Wertevermittlung kontra Bündnispolitik	S. 2
	Eine gelungene Ausstellung	S. 4
	Steuerflucht nach Panama	S. 6
	Briefe	S. 7

DIE LINKE.

WERTEVERMITTLUNG KONTRA BÜNDNISPOLITIK?

Es müssen ja nicht unbedingt Regierungsbündnisse sein!

Vor Landtagswahlen kritisierten Basisorganisationen der LINKEN vielfach die Strategie ihrer Landesvorstände, wenn sie für Regierungsbeteiligung warben, obwohl keine zahlenmäßige Mehrheit für Rot-Rot-Grün in Sicht war und die Wunschkoalitionspartner unisono erklärten, nicht mit der LINKEN koalieren zu wollen.

Seit kurzem beobachten wir bei SPD und Grünen eine Wende: Sigmar Gabriel und andere erklären ihre Sympathie für Rot-Rot-Grün, und das sogar fürs Regieren auf Bundesebene. Was sicher nicht als Wunder zu bewerten ist, denn besonders der SPD gehen langsam in Koalitionen mit der CDU Profil und Ansehen verloren. Die neuerliche Koalitionssympathie gäbe uns im Gegensatz zu früher die Möglichkeit, harte linke Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung zu stellen. So auch der Kommentar von Sahra Wagenknecht.

Dementgegen überraschte der Vorsitzende der sächsischen LINKEN Rico Gebhardt auf dem Landesparteitag im Juni mit einer Attacke gegen die SPD und deren Landesvorsitzenden Martin Dulig und der Aussage: "Wir brau-

chen in naher Zukunft nicht über Bündnisse zu sprechen, über unsere Gestaltungsoptionen. Die Debatte steht einfach nicht an." Bürgerliche Zeitungen erklärten dann hämisch, die sächsische LINKE hätte auf ihrem Parteitag zwei Gegner ausgemacht: die AfD und die SPD.

Was nannte Rico als Alternative zu Bündnissen? "Wir werben jetzt für Grundsätzlicheres: Für unsere Werte, für unsere Überzeugungen." In der letzten Ausgabe von "Sachsens Linke" bekräftigte Rico seinen Standpunkt und ergänzte: "Wir kämpfen gemeinsam für eine starke LINKE."

Aber: Sind denn Werben für unsere Werte und Arbeit an der eigenen Stärke Gegensätze zu Bemühungen um Bündnisse? Unterstellen wir denn, dass Bündnisse per se Verrat an eigenen Werten bedeuten? Sind nicht gerade heute im Kampf gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus Bündnisse nötiger denn je? Es müssen ja nicht unbedingt Regierungsbündnisse sein. Der Leitantrag des Magdeburger Parteitages wirbt für Bündnisse: "Wir rufen die Sozialdemokratie und die Grünen auf, gemeinsam mit uns

gesellschaftliche Anstrengungen für Antirassismus und Willkommenskultur in den Parlamenten zu unterstützen." Und Stefan Hartmann erklärt in der Juniausgabe vom "Linken Blick" Zwickau zum Leitantrag des Bundesparteitages: "Deshalb geht es [...] auch darum, diese Demokratie gegen Angriffe von Rechts zu verteidigen. [...] Wir brauchen dafür Bündnisse, z.B. in den Gewerkschaften, aber auch bei anderen Parteien." Ist der Vorsitzende von Sachsens LINKE der Meinung, DIE LINKE sei allein in der Lage, erfolgreich gegen Fremdenhass, Gefühlskälte, Egoismus, Rassismus, moralische Verrohung anzugehen und Menschlichkeit und Menschenrecht durchzusetzen?

Vielleicht hat Rico nur Bündnisse für eine künftige Regierung in Sachsen gemeint. Dann hätte er das sagen müssen und trotzdem für Bündnisse werben sollen. Auch mit SPD und Grünen. Wie es im Leitantrag des Bundesparteitages steht.

Dr. Dorothea Wolff

STOP CETA TTIP

FÜR EINEN GERECHTEN WELTHANDEL!

SA 17. SEPT. 2016

LEIPZIG WILHELM-LEUSCHNER-PLATZ UM 12 UHR

UND ZEITGLEICH IN BERLIN, FRANKFURT, HAMBURG, KÖLN, MÜNCHEN UND STUTTGART!

DEMO

© <http://ttip-demo.de>

WIR KÖNNEN

unsere Forderungen umsetzen

Vor kurzem fiel mir mal wieder das Wahlprogramm zur Stadtratswahl in Plauen in die Hände. Trotz dass ich gewählter Vertreter für unsere Partei in diesem Gremium bin, war ich verwundert, was wir uns als Ziele gestellt haben und was davon umgesetzt ist.

Jeder Mandatsträger kann sich jetzt einmal überlegen, wann er das letzte Mal in sein Programm geguckt hat. Ohne jetzt negativ zu sein, war es das bei vielen vor der Wahl oder kurz danach. Aber die Wahlprogramme wurden ja nicht geschrieben, um nur Wählerinnen und Wähler von uns zu überzeugen, sondern auch, um es als Gradmesser unseres politischen Tuns zu verstehen. Mir ist auch klar, dass man nicht alle unsere Forderungen umsetzen kann, wenn Parteien wie CDU oder SPD dagegen stimmen. Aber ein Versuch, auch wenn er noch so aussichtslos scheint, ist besser als ihn gar nicht erst zu machen.

100% SOZIAL
Auch nach der Wahl!

Ich selbst habe mich verstärkt für ein „Park and Ride“ in Plauen ausgesprochen. Dass dies keine Mehrheit in den Ausschüssen und im Stadtrat fand war schnell absehbar. Trotzdem hat es so viel Staub aufgewirbelt, dass sich jetzt ein privater Investor entschieden hat an der Plamag ein „Park and Ride“-Parkplatz einzurichten.

Dies zeigt, dass sich auch etwas verändern kann, ohne dass ein Parlament es beschließt. Lasst uns unsere Programme zur Hand nehmen und linke Politik machen, egal ob es ein Kampf gegen Windmühlen ist.

Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren!

André Hegel

REICHTUM OHNE GIER

Ein Kommentar zum Bundesparteitag

Ein Delegierter des Bundesparteitags berichtete meiner Ortsgruppe von seinen Eindrücken. Dabei beeindruckte ihn besonders die Parteitage Rede der Genossin Sarah Wagenknecht. Ich habe in letzter Zeit eines ihrer Bücher gelesen und war ebenfalls beeindruckt.

Die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen zeigen, dass wir mit unseren Argumenten bei einer Vielzahl von potentiellen Wählern nicht durchdringen. Diese bemängeln zwar die gegenwärtige Gesellschaft, sehen aber keine gangbaren Alternativen. Die neoliberale Wirtschaft wird als unschön aber nicht als überwindbar angesehen. Verdrossenheit oder Gleichgültigkeit machen sich breit.

Manche möchten einfache Lösungsansätze hören und sind damit willfährige Opfer derer, die ihnen einreden, dass nur „die Fremden“ an allem Schuld sind. Die Angst, als Schwacher mit noch Schwächeren in Wettbewerb treten zu müssen, verleitet zu Chauvinismus und Angst ums Vaterland.

Uns LINKEN traut man nach dem tiefen Fall von 1989 auch nicht zu, eine in sich schlüssige und zielführende Gesellschaftsveränderung vorzubereiten. Wer also die eine einzige und einfache sozialistische Antwort erwartet, er-

wartet etwas im Augenblick noch nicht Leistbares. Es bleibt aber unsere Aufgabe, in Richtung des Aufzeigens einer Gesellschaftsperspektive zu wirken.

Plausible und in einfachen Worten vortragene Vorschläge bringen uns voran. Und eine Persönlichkeit, die sowohl fachlich als auch mit menschlicher Kompetenz uns in dieser Situation etwas zu sagen hat, ist Sarah Wagenknecht. Als Wirtschaftswissenschaftlerin setzt sie sich mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise auseinander.

Im ersten Teil analysiert sie die neoliberale Wirtschaftsform schonungslos und doch realistisch. Im zweiten Teil stellt sie die Frage: „Wie wollen wir leben?“ und sucht Antworten darauf aus verschiedenen Geschichtsepochen. Schließlich macht sie einen Vorschlag, wie das Wirtschaften der Zukunft aussehen könnte. Meiner Meinung nach erfolgt das in allgemein verständlicher Sprache und spricht Verstand und Gefühl an.

Ich empfehle, sich durch Lesen selbst ein Bild zu machen.

Dr. Wilfried Bartsch

Möchtest auch Du eine Welt des Mitgefühls?

Eine Welt, in der der Wert eines Menschen nicht am Geld gemessen wird?

WERDE AKTIV!

Steffen Gutsche

Regionalgruppenleiter

Mobil:
0152 26 65 49 87

Telefon:
03741 20 16 95

Cuba Si

Regionalgruppe Vogtland

c / o DIE LINKE. Vogtland
Bahnhofstraße 49
08523 Plauen

E-Mail:
Cuba.si.rgv@gmail.com



Cuba Si

**Regionalgruppe
Vogtland**



EINE GELUNGENE AUSSTELLUNG zum Thema „Häusliche Gewalt“

Am 29. Juni 2016 weilte die Wanderausstellung „Hinter verschlossenen Türen – Einblicke zu Häuslicher Gewalt“, welche von der Landtagsabgeordneten Sarah Buddeberg in Zusammenarbeit mit der Europaabgeordneten Dr. Cornelia Ernst erarbeitet wurde, am Theaterplatz in Plauen.

Hierbei konnten sich alle Interessierten auf zehn großen Tafeln umfangreich über dieses, doch oft totgeschwiegene, Thema informieren und viel Wissenswertes erfahren.

Es bestand ebenfalls die Möglichkeit, mit der Landtagsabgeordneten Sarah Buddeberg, sowie der persönlichen Mitarbeiterin im Europabüro von Cornelia Ernst, Anja Eichhorn ein persönliches Gespräch zu führen.

Da die Ausstellung bereits an verschiedenen anderen Orten für die Öffentlichkeit zugänglich war, gab es hierzu schon einiges zu berichten.

Desweiteren waren Infostände der Vereine Teddybär e.V., KARO e.V. und des Weissen Ring e.V. vor Ort. Auch dort konnte man sich über deren Arbeit und Hilfsangebote umfangreich informieren.

Trotz einiger Windböen konnte sich die Ausstellung erfolgreich präsentieren und im Anschluss daran gab es im Rathaus der Stadt Plauen noch ein Fachgespräch mit geladenen Vertretern von Organisationen, Vereinen und Polizei.

Im Rahmen der Gesprächsrunde kam

es zu einem regen Austausch über die Erfahrungen und Probleme bei der Arbeit von Polizei, Kinderschutzbund, Gleichstellungsbeauftragter und Hilfevereinen.

Sarah Buddeberg und Anja Eichhorn bedankten sich für die zahlreichen Einblicke in die Tätigkeiten und Erfahrungen der Organisationen und Institutionen.

Sie nehmen viele neue Eindrücke, gerade auch über die Arbeit im ländlichen Raum, mit und werden diese in ihre Arbeit einfließen lassen um dem Thema „Häusliche Gewalt“ eine immer stärkere Präsenz in der Öffentlichkeit zu verleihen.

Elke Jacob

ICH BRAUCHE DICH!

Eine gute Zeitung braucht gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich lebe von guten Inhalten. Gerade in den Sommermonaten verkrümeln sich diese gerne einmal in den Garten oder in den Urlaub. Hilf mir, dass ich weiter bestehen kann und interessant bleibe.

Vielen Dank! Deine Zeitung **Der Vogtlandbote**



STEUERFLUCHT NACH PANAMA

Veranstaltung mit Axel Troost

Vor über einem Jahr übergab ein Informant einem internationalen Recherche-Netzwerk einen riesigen Datensatz, der aus einer Anwaltskanzlei in Panama entwendet wurde. Diese „Panama Papers“ brachten ein weltumspannendes Geflecht von Briefkastenfirmen zum Vorschein. Die Enthüllungen produzierten weltweit Schlagzeilen, führten zum Rücktritt des isländischen Ministerpräsidenten und lösten auch ansonsten Hektik in Regierungszentralen und Hinterzimmern von Banken und Kanzleien aus.

Gleichwohl zeigt die Recherche nur die Spitze des Eisbergs. In Jahrzehnten haben Reiche und Superreiche ein verschwiegenes System zur Steuerflucht aufgebaut. Ein Ausflug in die Welt der Steueroasen bringt uns nicht nur an Strände an der Karibik, sondern zeigt auch, wie Industrieländer

diese Strukturen begünstigen. Welche Fortschritte im Kampf gegen Steueroasen gab es in den letzten Jahren? Was ist von politischen Ankündigungen zu halten?

Diese und andere Fragen will Axel Troost, finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE, beantworten.

Wann?

Mittwoch, 17. August 2016, 17.00 Uhr

Wo?

Ort: Jugendherberge „Alte Feuerwache“, (Neundorfer Straße 3, 08523 Plauen)

Veranstalter:

Landesgruppe Sachsen DIE LINKE im Bundestag

FRIEDEN IST

keine Selbsterverständlichkeit

„An Frieden denken heißt, an die Kinder denken.“ sagte schon Michail Gorbatschow. Im vergangenen Jahr veranstalteten DIE LINKE Stadtratsfraktion Plauen, der Kreisvorstand und das Landtagsbüro von Janina Pfau einen Malwettbewerb zum Thema „Frieden“ an den Plauener Schulen. Die Zusendungen wurden zum Weltfriedenstag auf dem Theaterplatz ausgestellt und von den Besucherinnen und Besuchern bewertet.

Auch dieses Jahr wird es einen Malwettbewerb zum Thema geben. Wir laden alle gerne ein, am 01.09. von 15.00 bis 17.30 Uhr auf den Theaterplatz zu kommen und die Arbeiten der Kinder zu betrachten und ihre Favoriten in den unterschiedlichen Altersklassen zu wählen.

Es ist wichtig dem Thema „Frieden“ mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Viele Menschen sind wegen Krieg aus ihrer Heimat geflohen. Nach einer gefährlichen und anstrengenden Flucht kommen sie in Europa an, in der Hoffnung auf ein Leben in Frieden. Um darauf aufmerksam zu machen, wird der Stadtverband am Samstag, den 03.09. von 13.00 bis 17.00 Uhr, ein Friedensfest auf dem Theaterplatz in Plauen veranstalten. Über Ideen und Unterstützung würden wir uns freuen. Auch dazu laden wir euch gerne ein.

Stadtvorstand Plauen

KAFFEE, KUGN UND MUSEUM

Neies von dar Meta

Ne Samstooch hotts in Plaue, wie mir soo schee soocht, Spitzbuhm gereengt. Do sei unnre zwe altn Weible nooch nen kurz n Marktrundgang glei neis Café gange. Kaum dess se drinn warn, iss ihnen dar Duft von frisch gebacken Erdpfele- un Pflaumekeung nei de Noos gefahrn.

„Nu, woas gibbs’n Neies bei eich, in Plaue?“ Froocht de Meta. Es werd immer schlimmer, alles gett ne Berch nei“, soocht de Neideiteln drauf. „Nooch dem unner scheenes Plauisches Museum e gedachte Ewischkeit

kaan Cheef gehabt hott, hoo iech miech gefraat, als vor finf Goahrnen de Krals Silke, e promovierte Museologin des Haus iebernomme hott.

Weil de neigescheiten Stadträt ner nei-quarkn un sparn im Nischl hamm, wolltn se der guten Frah aa noch de Stadtbibliothek auf’s Auge drücken, obwohl Museum und Bibliothek zwee paar ganz varschiedne Schuh sei. Solche Expertinnen finne se in Plauen net glei widder, noch dem de Frau Dr. Krahl den Krempel hi gehiem hott. Wer als Stadt solche seltenen Perlen vor de

Säue wirft, braucht siech net ze wunnarn, dess aus unnern anerkannten Museum e klaae dörfliche Heimatstub werd!“

„Host scha recht“, maant de Meta, „aber net ner de Kultur werd de Hiebelwies runtergeh. Es werd nimmer lang dauern, dann muss unner alter Dr. Paul Vincentz, e promovierter Internist, der seit 30 Goahrnen mei Hausarzt is, mir aa noch de Zäh miet ziehe miss’n.“

Dieter Riedler

VERFOLGUNG UND WIDERSTAND

VVN-BdA veröffentlicht einmalige historische Dokumente

Die Bamberger Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) veröffentlicht aktuell auf ihrer Website einmalige historische Zeugnisse über ihre Mitglieder. 221 Namen von Verfolgten und Widerständlern - die meisten davon bisher unbekannt - finden sich nun im Internet.

Es handelt sich um einen wiedergefundenen Ordner im Archiv der VVN-BdA Bamberg, bestehend aus einer Mitgliederliste von 1948 und über 80 persönlich ausgefüllten Fragebögen. In den Anfangsjahren der VVN waren nur Frauen und Männer Mitglied der VVN, die im Nationalsozialismus verfolgt worden waren oder Widerstand geleistet haben. Aus Bamberg und der näheren Umgebung waren Menschen unter anderem in die Konzentrationslager Dachau, Flossenbürg, Mauthausen, Buchenwald, Ravensbrück, Auschwitz, Theresienstadt und verschiedene weitere Zuchthäuser und Gefängnisse verschleppt worden.

„Wir haben uns über Wochen die Arbeit gemacht, alle Dokumente zu digitalisieren und abzutippen“, erklärt Günter Pierdzig, Vorsitzender der Bamberger VVN-BdA. „Nun sehen wir, dass es sich gelohnt hat. Wir haben nicht nur ein fehlendes Stück Bamberger Geschichte der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, sondern auch den Mut und das Leiden der Opfer der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft.“

„Auf unserer Seite finden sich erschütternde Beispiele für Menschen, die uns bis heute Vorbild sein können“, meint Günter Pierdzig, „beispielsweise das Schicksal der Bambergerin The-

rese Schiel, die für drei Wochen inhaftiert wurde. Sie hatte nicht mehr verbrochen, als einem französischen Zwangsarbeiter ein Stück Brot zu geben.“

Auch der Rom Paul Seeger war Mitglied der VVN. Er war nach Auschwitz und Buchenwald verschleppt worden und beschreibt in seinem Fragebogen das Leid seiner Familie: „Mir wurde meine Frau nebst 2 Kinder von 3 u. 8 Jahren, nebst mein Bruder mit Frau u. 6 Kinder, meine Schwester mit 3 Kinder und sämtliche Verwandtschaft am 2. August 1944 in Auschwitz vergast und verbrannt.“

„Gerade heute, wo wir es erneut mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Organisationen zu tun haben, müssen uns diese Zeugnisse eine Warnung sein“, mahnt Günter Pierdzig. „Wir müssen genau darauf achten, welche Gesetze und welche Behandlung Minderheiten zugemutet werden. Wenn es brenzlich wird, müssen wir eingreifen. Dies ist unsere Pflicht gegenüber den Überlebenden und den Toten und zur Bewahrung unserer Gesellschaft.“

VVN-BdA Bamberg

Die Dokumente können eingesehen werden unter:
<http://bamberg.vvn-bda.de>



Alternativ kann dieser QR-Code mit dem Smartphone oder dem Tablet geöffnet werden.

ANSCHLAG

auf Büro in Chemnitz

Mitte Juli kam es in Chemnitz zum wiederholten Mal zu einem Anschlag auf das Abgeordnetenbüro von Susanne Schaper. Unbekannte haben vermutlich in den frühen Morgenstunden eine ölige gelbe Farbe großflächig auf Schaufenster, Fassaden und Eingangsbereich des Büros verteilt, sowie die Schaufensterscheiben beschädigt. Die Täter konnten zunächst unerkannt entkommen, die Polizei ist eingeschaltet.

Das erst im Mai 2015 eröffnete Büro auf dem Sonnenberg in Chemnitz ist seit August 2015 bereits ein Dutzend Mal Ziel von Übergriffen geworden. Abgelegte Tierkadaver oder ein abgerissener Briefkasten gehörten dabei ebenso dazu wie die mehrfache Beschädigung der Schaufensterscheiben sowie gezielte Farbattacken.

Insgesamt zählte DIE LINKE Sachsen seit Beginn dieses Jahres 33 Ereignisse wie Anschläge auf Büros, Übergriffe auf Wohnungen oder Infostände und Bedrohung von Mitgliedern. Darunter fanden sich allein 28 Sachbeschädigungen, 25 davon an Abgeordnetenbüros. Schwerpunkt der Taten bildete bisher der Landkreis Sächsische Schweiz / Osterzgebirge mit 12 gemeldeten Vorfällen, jeweils sechs in Freital und Dippoldiswalde.

DIE LINKE Sachsen



© DIE LINKE Sachsen



Für eure Artikel!



Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
18. August 2016

Sendet uns eure Beiträge an:

redaktion@dielinke-vogtland.de

PARK AND RIDE in Plauen möglich?

Am 6. Juli berichteten lokale Medien, dass die Betreiber der PLAMAG der Stadt ihren Parkplatz als "Park and Ride"-Fläche (P+R) angeboten haben.

Seit Monaten versucht André Hegel von der Linksfraction im Stadtrat Plauen die Stadtverwaltung von Park+Ride zu überzeugen und blitzt dabei regelmäßig bei Bürgermeister Sárközy und seinen Mitarbeitern ab. Angeblich wäre Plauen zu klein für P+R. Plötzlich soll nun genau das einfach so machbar sein und das völlig ohne ablehnende Kritik der Stadtverwaltung?! Was ist jetzt an der Idee anders? Das diesmal nicht "DIE LINKE" gefragt hat?! Unglaublich!

Ich finde es auf jeden Fall sehr gut, dass die Idee von André Hegel endlich doch möglich wird und reiht sich



© Hartmut910 / pixelio.de

damit endlich in die Liste von Kleinstädten wie Hof, Görlitz oder Grimma usw. ein, die trotz ihrer "Winzigkeit" auf Park+Ride setzen.

Kai Grünler

MIT DEM ARTIKEL aus dem Herzen gesprochen

Katrin Pritscha spricht mir mit dem Artikel "Von der Schwierigkeit, Geheimdienste zu kontrollieren" (Ausgabe 06-2016) aus dem Herzen .

Auch ich, Jahrgang 1966 und seit Jahren arbeitslos, war vom 01. Oktober 1985 bis zum 15. Januar 1988 als hauptamtlicher Mitarbeiter in einem deutschen Geheimdienst tätig. Aus gesundheitlichen Gründen mußte ich damals meinen Hut nehmen. Ich hatte den Dienst nicht mehr nervlich durchgestanden. Seitdem habe ich ein gestörtes Verhältnis zu Geheimdiensten jeglicher Art, was auch darin mit liegt, wie ich damals aus dem aktiven Dienst ins zivile Leben entlassen wurde.

Jens Thiele

PERSPEKTIVLOSER ARBEITSMARKT

ist Nährboden für Rassismus und Nationalismus

PEGIDA, WSD usw. sind aus dem öffentlichen Bild wieder verschwunden. Zum Glück, wie ich finde. Mir war von vornherein klar, dass mit Teilen der dort handelnden Personen kein sachlicher Protest möglich ist, obwohl er so nötig wäre. Tatsächlich existente Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft wurden zwar erkannt, aber die falschen zum Sündenbock gemacht. Jetzt im Nachgang ist es an der Zeit, das Ganze Revue passieren zu lassen und mit Lösungsversuchen auf den berechtigten Teil der Ängste der Menschen einzugehen.

Einer der Ängste ist aus meiner Sicht die Angst, von den Zuwanderern abgehängt zu werden. Eine Entwicklung, die auch ohne Flüchtlinge existent war. Seit Einführung der Hartz IV Reformen hat sich für viele Betroffenen die Situation noch verschärft. Geringqualifizierte oder auch Menschen, deren erlernte Berufe bei uns aussterben, haben es ohnehin schwer in den Arbeitsmarkt zurückzufinden. Was bleibt ist meistens ein Leben in Armut und Gängelei durch das Jobcenter auf der einen Seite und ein nicht wirklich zu-

friedenstellendes Dasein im Niedriglohnsektor. In Letzterem war man aber meist zumindest vor der Erniedrigung durch das Jobcenter geschützt.

Nun kamen die Flüchtlinge, eine gefühlte aber auch in Teilen reale Konkurrenz im Kampf um den „rettenden Strohalm“ des schlecht bezahlten Jobs.

Was kann man aber tun, um den Menschen die Angst vor einem Abstieg zu nehmen? Zum einen muss Schluss sein mit der Sanktionierung und der Erniedrigung in den Jobcentern. Erwerbslosigkeit darf nicht gleichgesetzt werden mit einem Leben ohne Perspektiven. Zeitgleich sollte es wirkliche Programme geben, die Menschen wieder in Arbeit zu bringen. Arbeiten, welche die Menschen auch machen wollen. Ziel dieser Programme sollte es nicht sein, irgendwelche Statistiken schön zu rechnen, sondern Perspektiven zu schaffen. Vielleicht fragt man die Leute zur Abwechslung mal, was sie gern machen möchten und unterstützt sie in dem Vorhaben. Wenn die gelernte Weberin sich vorstellen

kann, ein Studium zu machen, warum sollte man ihr diese Möglichkeit nicht geben den Weg dorthin zu beschreiten. Oder warum sollte der gelernte KFZ-Mechaniker nicht in der Arbeitslosigkeit einen Meisterlehrgang machen.

Zeitgleich muss natürlich der Mindestlohn auf mindestens 12,00 € pro Stunde erhöht werden, ausnahmslos! So lässt sich sicherstellen, dass Menschen nicht schon allein deshalb einen Job uninteressant finden, nur weil man mit diesem ebenfalls (spätestens im Alter) wieder in Armut endet.

Wenn eine Erwerbstätigkeit vor Armut schützt verringern sich Ängste. Wenn Erwerbslosigkeit nicht Armut, Elend und gesellschaftlichen Abstieg bedeuten, sondern Weiterentwicklung und persönliche Neuausrichtung im Berufsleben möglich machen, dann verringern sich Ängste. Vernichtet man die Ängste, dann entzieht man Rassismus und Nationalismus auch den Nährboden.

Maik Schwarz

STAMMTISCH

in Plauen

Wir laden alle Interessierten am 10.08.16 ab 18:00 Uhr zu unserem Stammtisch in der Gaststätte "Zum Vogtländer" ein.

DIE LINKE. Stadtverband Plauen

ANKÜNDIGUNG

Die Mitgliederversammlung des Stadtverbandes Plauen findet am Samstag dem 8. Oktober 2016 statt.

Beginn ist 10:00 Uhr im Wohngebiets-Treff in der Mammenstraße 40.

Eine schriftliche Einladung folgt.

FEIERABEND - BO soll wieder leben!

Einige werden fragen, was ist eine "Feierabend-BO"?

Nun, es ist eine von den Ortsverbänden oder Gliederungen unabhängige Basisgruppe (BO), welche für Menschen gedacht ist, die aus zeitlichen oder anderen Gründen nicht an den Treffen ihrer Ortsverbände teilnehmen können, oder sich einfach gern öfter treffen wollen. Für diese, aber nicht nur für diese, ist das Projekt "Feierabend-BO" gedacht.

Zwischen 1972 und 1988 starben in Westeuropa jedes Jahr mehr als 150 Menschen durch Terrorangriffe. Seit 1993 ist das nur noch zwei mal passiert.

In Deutschland sterben jedes Jahr mehr Menschen durch Erstickten am Esstisch als durch Terrorangriffe in ganz Westeuropa zusammen.

Trotzdem stieg die Terrorangst der Deutschen im letzten Jahr um über 20 Prozent an.

Diese gesteigerte Angst ist das Ziel der Terroristen, diesen Trumpf sollte man ihnen nicht geben!

Quelle: Tagesschau.de

Andere werden sagen, das gab es doch schon mal! Ja, vor zwei Jahren gab es diesen Versuch schon einmal. Seit dem haben wir viele Neumitglieder gewonnen, welche berufstätig sind. Auch diese können durch unsere Feierabend-BO Kontakte aufbauen und sich in die politische Arbeit einbringen.

Alle Interessierten können sich in der Geschäftsstelle in Plauen melden. Damit diese dann direkt zu den neuen Treffen eingeladen werden können.

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare mit einem „Runden“ und jene, die über 80 Jahre jung werden:

E. Beck	Zeuthen	16.08.
R. Musch	Plauen	19.08.
D. Köhler	Klingenthal	21.08.
B. Müller	Auerbach	22.08.
A. Hegel	Plauen	26.08.
A. Reuter	Klingenthal	27.08.
G. Boßert	Plauen	28.08.
W. Murrmann	Pausa-Mühltröf	30.08.
A. Döhler	Plauen	30.08.
I. Thurm	Döbeln	04.09.
L. Schulze	Rodewisch	06.09.
I. Möckel	Reichenbach	07.09.
M. Ottiger	Plauen	09.09.
E. Scherzer	Oelsnitz	13.09.
A. Tremel	Oelsnitz	15.09.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

Der Vogtlandbote

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 14.07.2016, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 18.08.2016. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.

SOZIALFORUM INFORMIERT

Neuntes Änderungsgesetz des Sozialgesetzbuches (SGB) II seit 1. August in Kraft

Wir laden alle sozial engagierten und betroffenen Bürger für den 12. September 2016 von 18.00 Uhr bis 19.30 Uhr in den Klubraum der Auerbacher AWG (08209 Auerbach, Eisenbahnstr. 32) zum Bürgerforum ein.

Thema:

die Verbesserungen und Verschlechterungen für die Betroffenen und Ratschläge zu Widerspruch und Klage

Es informieren Mitglieder des Sozialforums Göltzschtal.

www.sozialforumgoeltzschtal.de